

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.orgwww.uspolitik.infowww.kas.de

The First Post-Racial Candidate – Debate Around Affirmative Action

„Change you can believe in“ war der Slogan von Barack Obamas. Der angestrebte Wandel bezog sich nicht nur auf die Regierung in Washington, sondern sollte vielmehr in der gesamten amerikanischen Gesellschaft stattfinden. Dabei kämpfte Obama als erster ‚post-racial‘ Kandidat in den Vorwahlen und im Präsidentschaftswahlkampf um die Herzen aller Amerikaner. Er betonte seinen multikulturellen Familienhintergrund immer wieder und beteuerte, dass ihm die Anliegen der weißen und schwarzen Bevölkerung, von Latinos und Asiaten gleichermaßen wichtig waren.¹ Obwohl er es selber eher vermieden hat, ‚race‘ in seinen Reden zu thematisieren – sowohl auf seine eigene Person bezogen, als auch hinsichtlich seiner politischen Agenda – waren sein Wahlkampf, sowie der Beginn seiner Präsidentschaft nicht frei von rassistisch motivierten Debatten. Obamas Demokratische Gegenkandidatin Hillary Clinton beschuldigte Obama die ‚race card‘ zu spielen, er wiederum empfand, dass sie die ‚gender card‘ spielte. Die konservativen brachten die ‚race‘ Debatte jedoch auf ein ganz anderes Level. In rassistischer Weise beschuldigten sie Obama und seine Frau des fehlenden Patriotismus und zweifelten seine Staatsbürgerschaft und damit auch seine Legitimität als

Präsident an. Obama selber wurde durch die amerikafeindlichen Kommentare seines Pastors Jeremiah Wright gezwungen, das Thema ‚race‘ in den Vereinigten Staaten in einer Rede zu thematisieren.

Obwohl Obama seiner *A More Perfect Union* Rede einen ‚Rassen-Dialog‘ gefordert hatte, blieb die Diskussion von seiner Seite bisher aus. Der Politikbereich, in der momentan die größten ‚interracial‘ Auseinandersetzungen provoziert ist Affirmative Action. Während sich ein Großteil der schwarzen Bevölkerung noch immer gegenüber den weißen benachteiligt fühlt und Affirmative Action befürwortet, sehen viele Weiße dieses Konzept als ‚reverse racism.‘ Die Präsidentschaft Obamas selbst provoziert eine Affirmative Action Diskussion. Eine Partei sieht seine Präsidentschaft als Auswuchs des Erfolgs von Affirmative Action, Kritiker hingegen nehmen seinen Erfolg als Beweis dafür, dass Afro-Amerikaner jede soziale Position erreichen können, wenn sie sich nur anstrengen. Obama selber hat sich Affirmative Action bisher nicht auf die Agenda geschrieben. Zum einen hat er mit der Wirtschaftskrise und der Gesundheitsreform bereits zwei wichtige Themenbereiche, zum anderen liefe er Gefahr, seine ‚multiracial‘ Wählerschaft zu polarisieren – aus Obamas Aussagen, lässt sich allerdings schließen, dass er Affirmative Action von einem auf Rasse basierenden Konzept in ein auf Einkommensunterschiede ausgerichtetes Programm ändern möchte. Eine Entscheidung über den Fortbestand von Affirmative Action wird jedoch vermutlich auf der juristischen Ebene

¹ Bereits als Redner bei der National Democratic Convention 2004 äußerte Obama, „es gebe nur die Vereinigten Staaten von Amerika, kein weißes, schwarzes, asiatisches oder Latino Amerika,“ (Obama, Barack, 2004 Democratic Convention Speech, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A19751-2004Jul27.html>).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org

www.uspolitik.info

www.kas.de

passieren. Im Supreme Court wurden in jüngster Zeit mehrere Fälle entschieden, in denen der *Roberts Court* stets gegen die ethnischen Minderheiten und damit gegen Affirmative Action entschieden hat.

A ‚Deracialized‘ Campaign

Der Wahlkampf 2008 gestaltete sich für die Medien historisch interessant. Für die Demokraten kämpften mit Hillary Rodham Clinton und Barack Obama zwei ‚Außenseiter‘ um die Präsidentschaftsnominierung. Es wurde immer wieder der historische Aspekt betont, dass Barack Obama der erste afro-amerikanische Präsident, die ehemalige First Lady Hillary Clinton die erste Präsidentin werden könnte.² Während insbesondere die linken Amerikaner die Tatsache, dass sich ein Afro-Amerikaner und eine Frau um das höchste Amt im Staate bewerben, als Bestätigung des ‚American Dream,‘ teilten nicht alle Landsleute diese Ansicht. Auch wenn für die weite Mehrheit der US-Bürger ein schwarzer Präsident vorstellbar war, so gab es auch Teile, die sich damit nicht anfreunden konnten.

Die Konflikte wurden sogar innerhalb der Demokratischen Partei ausgetragen. Die Anhänger von Clinton und Obama attackierten sich gegenseitig und beschuldigten die jeweils andere Partei die ‚race‘ bzw. ‚gender card‘ zu spielen. Hillary Clinton trat im Wahlkampf beispielsweise mit dem Slogan ‚I‘m Your Girl‘ auf. Gloria Steinem kritisierte beispielsweise in einem *New York Times* Kommentar im Januar 2008, dass ‚gender‘ im Vergleich zu ‚race‘ heutzutage nicht Ernst genug genommen würde. Sie beklagte, dass afro-amerikanische Männer, die das Wahlrecht fünfzig Jahre vor den Frauen erhalten hatten, schon länger Zeit dazu hatten, in die Führungsebenen aufzusteigen.³ Aus diesem Grund unterstützte sie die Kandidatur von Hillary Clinton. Kurzfristig trug dieser interne Schlagabtausch dazu bei, die Demokratischen Kandidaten in den Schlagzeilen zu halten und den Republikaner John McCain fast als nebensächlich dastehen zu lassen. Auf lange Sicht ist eine solche Taktik, den jeweiligen Gruppierungen auch schaden.⁴

Barack Obama war sich zu Beginn seiner Kampagne mit Sicherheit darüber im Klaren, dass er Teile der Wählerschaft nicht von sich überzeugen würde. Es ist davon auszugehen, dass er sich nicht zuletzt deswegen für ein „deracialized campaign“ entschied.⁵ Obwohl sich Obama und seine Kontrahenten krampfhaft darum bemühten das Thema ‚race‘ außen vor zu lassen bzw. wiederholt betonten, dass ‚race‘ im Wahlkampf keine Rolle spiele, sah dies zwischen den Zeilen mitunter anders aus. Bill Ayers und Bernardine Dohrn sprechen in diesem

² Später gesellte sich Sarah Palin als erste potentielle Republikanische Vizepräsidentin in diese Runde.

³ Steinem, Gloria, „Women Are Never Front-Runners,“ *New York Times*, 08.01.2008.

⁴ Richard Thompson Ford schreibt, dass solche rassistischen Anschuldigungen die öffentliche Unterstützung für Bürgerrechte und andere Programme zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit schwächen. Ford argumentierte, dass das allgemeine Misstrauen zwischen den ethnischen Minderheiten dadurch zunehme und berechtigte Rassismus-Anschuldigungen stattdessen kein Gehör mehr finden würden. Zudem lägen die wahren Ursachen für die heutige Unzufriedenheit oftmals in der Rassentrennung der Vergangenheit (zitiert nach Taylor, Stuart, „Opening Argument – Perils of the Race and Gender Card,“ *National Journal*, 26.08.2008).

⁵ Goldman, Julianna, „Obama Vies for Black Vote While Waging ‘Deracialized Campaign,‘“ *Blomberg*, 28.08.2007.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org

www.uspolitik.info

www.kas.de

Zusammenhang vom unsichtbaren „race talk.“⁶ Wenn die Rede auf „blue collar,“ „working class,“ „mainstream,“ „small town,“ „hockey mom“ und „Joe the plumber“ kam, wusste jeder, dass diese Begriffe das weiße Amerika repräsentieren. Demgegenüber wurde Barack Obama, sowohl von Clinton als auch von McCain, in einer eher exotischen Weise präsentiert: „unknown,“ „untested,“ ein „stranger,“ oder ein „symbolic candidate,“ „alien,“ „wildcard,“ oder ein „elitist.“ Obama wurde in der Öffentlichkeit als mysteriöser, undurchschaubarer Kandidat dargestellt, was dann auch dazu führte, dass diverse, zum Teil abstruse Gerüchte aufkeimten und seine Staatsbürgerschaft, sein Glaube oder sein Patriotismus angezweifelt wurden. So wurde beispielsweise die Tatsache, dass Barack Obama bei öffentlichen Auftritten keinen Flaggen-Anstecker trug, in der konservativen Presse hochgeköcht.⁷

White Appeal and Black Credibility

Um nicht wie seine Vorgänger – beispielsweise die Bürgerrechtsaktivisten Jesse Jackson und Al Sharpton – unterzugehen, wollte Obama nicht als der ‚schwarze Kandidat‘ wahrgenommen werden. Er sah sich vielmehr als Kandidat der ‚durch Zufall‘ schwarz war. Um diesen Eindruck zu erwecken, betonte er in seinen Reden stets seinen multikulturellen Hintergrund. Zu Beginn seiner Kampagne mobilisierte Obama eher die weiße Wählerschaft, die afro-amerikanische Bevölkerung vertraute stattdessen auf die Erfahrungen von Hillary Clinton. Um auch die schwarze Bevölkerung zu erreichen, setzte Obama seine Frau – die tief in der afro-amerikanischen Gesellschaft von Chicago verwurzelt ist – geschickt ein.

Obama hat eine weiße Mutter aus dem Mittleren Westen, einen Vater aus Kenia, ist auf Hawaii (teilweise bei seinen weißen Großeltern) und in Indonesien aufgewachsen. Obwohl er offensichtlich schwarz ist, lebte er damit nicht das typische Leben eines Afro-Amerikaners. Dementsprechend gab es nicht nur die rassistischen Stimmen, die Obama durch eine Charakterisierung als ‚schwarzen‘ Kandidaten indirekt degradieren wollten, sondern auch Afro-Amerikaner, denen Obama nicht schwarz genug war und die sich fragten, ob er, als einer von ihnen, ihre Interessen vertreten würde. Er kann sich nicht auf die ‚Sklavenvergangenheit‘ seiner Familie und die kollektiven Geschichte von Diskriminierung und Unterdrückung berufen – für viele Schwarze fehlte es ihm an ‚black credibility.‘ Demgegenüber genoss Hillary Clinton gerade zu Beginn der Vorwahlen große Unterstützung aus der afro-amerikanischen Bevölkerung.⁸ Ihr Mann war bereits von Toni Morrison als „der erste schwarze Präsident“ bezeichnet worden und hatte daher einen ‚Familienbonus.‘⁹ Obama hingegen wurden von der schwarzen Bevölkerung anfangs keine größeren Erfolgchancen ausgerechnet als seinen politischen Vorgängern. Er wurde nicht als ernstzunehmender Kandidat betrachtet. Obama wurde daher geraten, seiner afro-amerikanischen Gemeinschaft immer wieder zu versichern, dass er ‚einer von ihnen‘ sei. Er dürfe dies aber nicht auf Kosten der weißen Unterstützung tun.¹⁰

⁶ Ayers Bill, Dohrn, Bernardine, „What Race Has to Do With It,“ Monthly Review, März 2009.

⁷ „Barack Obama Stops Wearing American Flag Lapel Pin,“ Fox News, 04.10.2007.

⁸ Vgl. Mundy, Liza, *Michelle: A Biography*, Simon&Schuster 2009, S. 280.

⁹ Morano, Marc, „Clinton Honored As ‘First Black President’ at Black Caucus Dinner,“ *CNS News*, 01.10.2001.

¹⁰ Zitiert nach Taylor, Stuart, „Opening Argument – The Great Black-White Hope,“ *National Journal*, 03.02.2007.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org

www.uspolitik.info

www.kas.de

Im Laufe des Wahlkampfes übernahm daher Michelle Obama die Rolle des Bindeglieds zwischen ihrem Mann und der afro-amerikanischen Wählergruppe. Bei Wahlkampfauftritten betonte sie stets, dass ihre Wurzeln in der South Side von Chicago und der amerikanischen Arbeiterklasse lägen und thematisierte die Probleme, Ängste und Bedürfnisse der schwarzen Bevölkerung. Michelle Obamas Auftritte verliefen jedoch nicht alle positiv. Während eines Auftritts in South Carolina im Januar 2008 verkündete sie beispielsweise „we are still too divided“¹¹ und kritisierte die Vereinigten Staaten, noch nicht bereit für einen Präsidenten wie Barack Obama zu sein. Schnell wurde Michelle Obama in der den Republikanern nahstehenden Presse als verbitterte und wütende Afro-Amerikanerin dargestellt. Die öffentliche Kritik erreichte Mitte Februar 2008 ihren Höhepunkt, als sie während einer Wahlkampfveranstaltung in Wisconsin folgende Aussage machte: „For the first time in my adult life I am proud of my country because it feels like hope is finally making a comeback.“ Für die Republikanischen Wahlkampfstrategen war diese Bemerkung ein gefundener Angriffspunkt. Cindy McCain wurde entsandt, um zu betonen, dass sie stolz auf ihr Land wären. Michelle Obama, die fortan in den republikanischen Kreisen als unpatriotisch und verbittert präsentiert wurde, hielt im Anschluss an dieses Debakel keine längeren Reden mehr.¹²

Der Fall Jeremiah Wright

Der nächste Rückschlag für das Team Obama kam nur einen Monat später, als alte Filmaufnahmen von Jeremiah Wright, dem Pastor der Trinity United Church of Christ in Chicago, der auch die Obamas angehörten, veröffentlicht wurden. Die teils stark amerikafeindlichen Anspielungen beherrschten die Presse für einen Monat, bis sich Obama dazu entschloss, öffentlich Stellung zum Rassismus in den Vereinigten Staaten zu nehmen.

In einer Predigt aus dem Jahr 2003 benutzte Wright die Worte „God damn America.“ In einer anderen Predigt schlussfolgerte er, dass die Anschläge vom 11. September auf die amerikanische Außenpolitik zurückzuführen seien und dass die amerikanische Regierung das HI-Virus hergestellt und innerhalb die schwarze Bevölkerung verbreitet hätte.¹³ Innerhalb kurzer Zeit tauchten unzählige Videoaufnahmen auf Online-Videoportalen auf, in denen Wright rassistische (gegen den weißen Mainstream gerichtete) und amerikakritische Kommentare machte. Zuvor kannte man Wright nur im Zusammenhang mit Obamas Buchtitel „The Audacity of Hope,“ den er aus einer Predigt Wrights übernommen hatte. Praktisch über Nacht erlangte der Pastor dann als verbitterter Hassprediger Berühmtheit und überschattete Obamas Wahlkampf für einen Monat. Stuart Taylor Jr. schrieb in diesem Zusammenhang, dass schwarze Führungspersonlichkeiten wie Wright der afro-amerikanischen Gemeinschaft stärker schaden würden, als die Überbleibsel von weißem Rassismus in der Gesellschaft.¹⁴ Predigten wie die von Wright würden die schwarze Bevölkerung demotivieren und verliehen den Eindruck, dass Afro-Amerikaner in den USA niemals gleichberechtigt behandelt würden, ganz egal wie hart sie arbeiten.¹⁵

¹¹ Mundy, S. 288.

¹² Mundy, S. 300.

¹³ Ross, Brian, El-Buri, Rehab, „Obama’s Pastor: God Damn America, U.S. to Blame for 9/11,“ *ABC News*, 13.03.2008.

¹⁴ Taylor, Stuart, „Voters: Racism Is Not the Problem,“ *National Journal*, 10.05.2008.

¹⁵ Interessant ist auch, dass selten von den Medien thematisiert wurde, dass John McCain in Verbindung mit einem ähnlich radikalen und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org

www.uspolitik.info

www.kas.de

Der Wright-Vorfall bewegte Barack Obama letztendlich dazu, seine erste offizielle Ansprache zum Thema Rassismus zu halten. Vor geschichtsträchtiger Kulisse hielt er in Philadelphia am 18. März 2008 die Rede *A More Perfect Union*. In jener Rede diskutierte Obama die aktuellen Auswüchse von Rassismus in den Vereinigten Staaten und die Spaltung des weißen und schwarzen Amerikas. In seiner Erörterung zeigte er für beide Perspektiven Verständnis. Es gelang ihm, sowohl auf die Klagen der Schwarzen, als auch auf die Ressentiments der Weißen einzugehen und die unterschiedlichen Ansichten der jeweils anderen Partei verständlich zu machen.¹⁶ Obama ordnete auch die Kommentare von Jeremiah Wright in dieses Spannungsfeld zwischen der schwarzen und weißen Gesellschaft ein. Er versuchte etwas Verständnis für die Ansichten seines Pastors zu erzielen, distanzierte sich aber gleichzeitig von den extremen Bemerkungen. Obama verglich Wright mit einem alten Onkel, den er zwar lieben würde, mit dessen Meinung er aber nicht in allen Punkten übereinstimme. Die *New York Times* schrieb am Tage danach, dass Obamas Rede was Idealismus und Inspiration angehe, zeitweilig an Martin Luther King und die Bürgerrechtsbewegung erinnert habe.¹⁷ Die Rede war ein Aufruf an die Nation, ihre Einstellung zu ändern und eine bessere Gemeinschaft zu werden. Der Tenor lautete: Es ist an der Zeit, dass wir uns mit ‚race‘ auseinandersetzen.¹⁸ Ein offene Diskussion folgte jedoch nicht.

Die ‚Birther‘ Bewegung

Neben jener Vorfälle, die das Thema ‚race‘ des Öfteren in das Licht der Öffentlichkeit gerückt haben, halten sich seit einiger Zeit diverse Gerüchte um Barack Obama, die sich ebenfalls auf eine rassistische Motivation zurückführen lassen. Während 2008 die Behauptung umging, Obama sei ein Muslim,¹⁹ wurde sogar später seine amerikanische Staatsbürgerschaft angezweifelt.

Das erste Gerücht entstand, als es publik wurde, dass Obamas Vater ein Moslem war und Barack Obama seine Jugend in Indonesien – einem moslemischen Land – verbracht hatte. Zudem trägt er den moslemischen zweiten Vornamen Hussein – ein Name mit dem der Durchschnittsamerikaner nur wenige positive Konnotationen verbindet. Für die Republikaner war es nicht schwer, eine mentale Verbindung zwischen Obama, dem 11. September und

mit Vorurteilen behafteten Pastors stand. John Hagee, der ultrakonservative Pastor der Cornerstone Church von San Antonio in Texas, geriet mit diversen Äußerungen in die öffentliche Kritik. Er bezeichnete zum Beispiel Hurrikan Katrina als gerechte Strafe Gottes für eine unsittliche Stadt. In einem seiner Bücher schrieb Hagee zudem, dass Adolf Hitler ein Nachfahre mörderischer Halbblut-Juden war. (Taylor, Stuart, „Voters: Racism Is Not the Problem,“ *National Journal*, 10.05.2008).

¹⁶ Kantor, Jodi, „An Effort to Bridge a Divide,“ *New York Times*, 18.03.2008.

¹⁷ Zeleny, Jeff, „Obama Urges U.S. to Grapple With Race Issue,“ *New York Times*, 19.03.2008.

¹⁸ Scott, Janny, „Obama Chooses Reconciliation Over Rancor,“ *New York Times*, 19.03.2008.

¹⁹ Selbst Hillary Clinton wollte das Gerücht nicht wiederlegen. Sie sagte nur, soweit sie wisse, sei er kein Moslem (Tapper, Jake, „Clinton Says Obama Muslim Rumor Not True As Far As I Know,“ *ABC News*, 02.03.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org

www.uspolitik.info

www.kas.de

dem islamistischen Terrornetzwerk herzustellen. Ann Coulter von Fox News bezeichnete ihn sogar als B. Hussein Obama bzw. zukünftiger Präsident Hussein.²⁰

Während seiner Kampagne taten Obama und sein Team daher alles um seine christlichen Werte in den Vordergrund zu stellen und von der religiösen Herkunft seines Vaters abzulenken. Im Oktober 2008 kam Obama sogar der Republikaner Colin Powell, der erste Außenminister unter George W. Bush zur Unterstützung. Powell kritisierte seine Parteianhänger dafür, Lügen über die Religionszugehörigkeit Obamas zu verbreiten und ihm Verbindungen zu Terroristen zu unterstellen. Gleichzeitig stellte Powell jedoch auch die wichtige Frage: „Was wäre denn so schlimm daran, wenn Obama tatsächlich ein Moslem wäre? Ist es falsch, ein Moslem in Amerika zu sein?“²¹

Weitaus brisanter ist jedoch Anschuldigung, Obama sei gar kein amerikanischer Staatsbürger, aus der sich eigens die sogenannte ‚Birther‘ Bewegung gebildet hat. Die Anhänger dieser These fordern Obama schon seit seiner Kandidatur auf, sein Geburtszertifikat zu veröffentlichen. Der Staat Hawaii, in dem Obama geboren wurde, stellt nur ein ‚Certificate of Live Birth‘ vor, was rechtlich mit dem ‚Certificate of Birth‘ gleichzusetzen ist. Dies genügt den ‚Birthern‘ nicht als Beweis und sie bestreiten weiterhin die Echtheit dieses Dokumentes und damit Obamas Staatsbürgerschaft. Sie ignorieren sogar, dass Geburtsanzeigen von Barack Obama in Tageszeitungen enthalten waren.

Zurzeit laufen noch verschiedene Gerichtsverfahren, in denen ‚Birther‘ die Legitimität der Obama-Präsidentschaft vor Gericht anzweifeln. Orly Taitz, eine Zahnärztin und Anwältin aus Kalifornien, hält es durchaus für möglich, dass Barack Obama eigentlich ein Staatsbürger Kenias, Indonesiens oder vielleicht auch Saudi Arabiens ist.²² Taitz vertrat zum Beispiel Cannie Rhodes vor Gericht, einen Militärarzt aus Georgia, der seine Versetzung in den Irak auf der Basis ablehnte, dass Obama nicht sein von der Verfassung berechtigter Oberster Kommandeur sei und er ihm somit nicht zu dienen habe. Hierbei vertritt Taitz die Auffassung, dass die konstitutionelle Voraussetzung²³ um Präsident zu werden in ihrer traditionellen Auslegung nicht ausreichen. Sie argumentiert, dass es nicht genügt auf amerikanischem Boden geboren worden zu sein, sondern auch die Eltern bei der Geburt die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen müssen, damit ein Anspruch auf das Präsidentenamt bestehen kann.

²⁰ „Coulter on Obama: ‚It’s shocking that...he’s probably going to be our next president, President Hussein,‘” mediamatters.org, 14.02.2008.

²¹ Neuman, Johanna, „Colin Powell endorses Obama, says Palin unqualified,” *LA Times*, 19.10.2008.

²² Mundy, Liza, „Burden of Proof on Obama’s Origins,” *The Washington Post*, 06.10.2009.

²³ Die amerikanische Verfassung schreibt in Art. II, Sec.1 vor „No Person except a natural born Citizen, or a Citizen of the United States, at the time of the Adoption of this Constitution, shall be eligible to the Office of President; neither shall any Person be eligible to that Office who shall not have attained to the Age of thirty five Years, and been fourteen Years a Resident within the United States.”

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Race in der Präsidentschaft

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org

www.uspolitik.info

www.kas.de

Nach Antritt des Präsidentenamte trat Obama zunächst selber in die Rassismusfalle, indem er, ohne genaue Kenntnisse der Umstände, dem Professor Henry Louis Gates in einer 'racial profiling' Anschuldigung gegen einen weißen Polizisten zustimmte. Nachdem sich diese Woge gelegt hatte, wurde Obama selbst erneut zum Opfer – diesmal seiner eigenen Partei, die den Gegnern seiner Politik Rassismus unterstellten.

Trotz aller Beteuerungen, Rassismus aus verschiedenen Perspektiven sehen zu können und aus seiner Position heraus, die Unterschiede zwischen Kulturen zu überbrücken bzw. sich für Aussöhnung zwischen den Rassen einzusetzen, trat Obama gleich zum Beginn seiner Präsidentschaft in die ‚Rassismusfalle.‘ Mitte Juli wurde der Harvard Professor Henry Louis Gates Jr., einer der führenden afro-amerikanischen Intellektuellen, beim ‚Einbruch‘ in sein eigenes Haus in Cambridge, Massachusetts aufgegriffen wurde. Anlieger hatten die Bemühungen Gates und seines Fahrers, die verklemmte Eingangstür zu seinem Anwesen zu öffnen, fälschlicherweise als Einbruch gemeldet. Nachdem es zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen Gates und dem Polizisten gekommen war, der angeblich Gates Personalausweis nicht als Beweis für seine ‚Unschuld‘ anerkennen wollte, wurde Gates wegen Ruhestörung festgenommen. Später unterstellte er dem an den ‚Tatort‘ gerufenen Polizisten, ‚racial profiling‘ – Voreingenommenheit auf Grund seiner Rasse. Am Ende wurden alle Anklagepunkte gegen Gates fallen gelassen.²⁴

Während einer Pressekonferenz zur Gesundheitsreform verteidigte Präsident Obama die seinen alten Freund Gates. Obama ordnete den Vorfall in die lange Geschichte der unfairen Behandlung von Latinos und Afro-Amerikaner durch die Polizei ein und bezeichnete die Tat des Polizisten gar als dumm. Obama führte noch scherzhaft an, dass, sollte er beim Einbruch in sein eigenes Haus aufgegriffen werde, auf der Stelle erschossen würde. Andra Gillespie gratulierte dem Präsidenten im *Politico* für diese vergleichsweise mutige Positionierung, stellt aber gleichzeitig in Frage, ob Obama weiterhin so populär bleibt, sollte er sein politisches Augenmerk auf systematischen Rassismus in den Vereinigten Staaten lenken und der Gesellschaft vor Augen führen, dass die rassistische Vergangenheit noch nicht überstanden wäre.

Zuletzt mutmaßte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter in einem Interview mit Brian Williams vom TV-Sender ABC, dass Obamas Hautfarbe oftmals im Zentrum der Oppositionskritik gegen Obama stehe.²⁵ Carters Anmerkung war eine Reaktion auf den öffentlichen Ausbruch eines Abgeordneten während Obamas Ansprache zur Gesundheitsreform vor dem versammelten Kongress. Der Republikaner Joe Wilson beschimpfte Obama mit „You lie!“ Zudem kritisierte Carter die Teilnehmer des 9/12-Gesundheitsprotestes, die Obama auf Plakaten als Nazi mit Hitler-Bart dargestellt hatten. Die Regierung Obama distanzierte sich darauf von den Bemerkungen Carters und äußerte sich dahingehend, dass die Menschen weniger mit Obamas Hautfarbe, als mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Vereinigten Staaten unzufrieden seien. Carter ist mit seiner Ansicht jedoch nicht allein, sondern findet breite Unterstützung. Will Englund zitiert im *National Journal* Elizabeth Scarborough, die

²⁴ Gillespie, Andra, „President Obama, race and Henry Louis Gates,“ *Politico*, 23.07.2009.

²⁵ Franke-Ruta, Garance, „Carter Cites ‘Racism Inclination’ in Animosity Toward Obama,“ *The Washington Post*, 16.09.2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org
www.uspolitik.info
www.kas.de

wie Carter aus den Südstaaten kommt und der festen Überzeugung ist, dass die Ablehnung Obamas oftmals in seiner Hautfarbe begründet ist: „Darauf beruht die Furcht; das ist der Grund dafür, dass die Angst so effektiv gegen ihn und seine Politik verwendet werden kann.“²⁶

Ist Obama ein Affirmative Action Präsident?

Die jüngste Kritikwelle ging mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Barack Obama einher. Das Hauptargument, das gegen Präsident Obama verwendet wurde, war die Anschuldigung, dass er ein Affirmative Action Präsident sei. Durch seine Hautfarbe sei er nicht nur bei der Aufnahme in Eliteuniversitäten bevorzugt worden, sie habe ihm auch ins Präsidentenamt und zur jüngsten Nobelauszeichnung verholfen. Hierbei wird Affirmative Action sehr negativ – als Bevorzugung eines eigentlich unqualifizierten – benutzt.

In einer Radiosendung verkündete Michelle Malkin, eine konservative Bloggerin, dass die Preisverleihung ein weiteres Beispiel für „global affirmative action“ war und er ihn nur verliehen bekommen habe, weil er ein Afro-Amerikaner ist.²⁷ Auch der konservative Pat Buchanan stellte in einem Kommentar im *Post Chronicle* eine Verbindung zwischen dem Friedensnobelpreis und Affirmative Action her. Zum einen habe Obama den Preis zwar bekommen, weil er grundsätzlich kein zweiter George W. Bush ist. Zum anderen hat das Komitee aber auch den Eindruck verstärkt, dass Obama zu denjenigen gehört, die ständig unverdient Preise bekommen: Den Nobelpreis, ein Stipendium für eine Eliteuniversität, die Präsidentschaft des Harvard Law Review, und einen Rednerplatz bei der Democratic National Convention 2004.²⁸ Mit der diesjährigen Preisvergabe habe das Komitee sichergestellt, dass der Preis niemals wieder ernst genommen werden kann, so Buchanan. Erick Erickson bekannte auf dem konservativen Blog ‚Red State‘ ebenfalls, dass es ihm nicht bewusst war, dass es für den Friedensnobelpreis eine Affirmative Action Quote gibt.²⁹

Der afro-amerikanische Konservative Shelby Steele ist ebenfalls ein großer Kritiker von Affirmative Action. Steele schrieb, dass auch Obama von Affirmative Action profitiert habe. Da die amerikanischen Universitäten diese Politik so rigoros anwenden, tragen auch solche afro-amerikanischen Studenten jenes Stigma, die die erleichterten Aufnahmebedingungen eigentlich nicht gebraucht hätten.³⁰ Für viele bleibt der Eindruck bestehen, dass Obama bloßes Mittelmaß sei, durch für ihn niedriger angelegte Kriterien aber aufgestiegen sei. Gleichzeitig betonte Steele jedoch auch, dass sich Barack Obama durch seine Präsidentschaft über die renommierte Harvard Law Review hervorheben konnte. Diese Position erlangte er durch Leistung, er setzte sich ohne Bevorteilung gegen seine Konkurrenz durch. Von dort an unterschied sich Obama von anderen schwarzen Studenten. Er war mehr als ein „affirmative

²⁶ Englund, Will, „Bridging The Gap: Waiting For Obama’s Change,” *National Journal*, 05.09.2009.

²⁷ Witt, Ryan, „Video: Michelle Malkin brings race into debate on President Obama’s Nobel Peace Prize,” *Examiner*, 10.10.2009.

²⁸ Buchanan, Patrick J., „The ‘Affirmative Action’ Nobel,” *The Post Chronicle*, 15.10.2009.

²⁹ Erickson, Erick, „Barack Obama Wins Nobel Peace Prize: He’s Becoming Jimmy Carter Faster Than Jimmy Carter Did,” *Red State*, 09.10.2009.

³⁰ Steele, Shelby, *A Bound Man: Why we are excited about Barack Obama and why he can’t win*, p.13-14

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org
www.uspolitik.info
www.kas.de

action baby," er war jemand, der auch ohne Wohlwollen der sich schuldig fühlenden Weißen Erfolg haben konnte, so Steele.

Obamas Haltung zu Affirmative Action

Barack Obama hat sich in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft weitestgehend aus allen Diskussionen zurückgehalten, die auch nur im Entferntesten eine Rassismusdebatte verursachen könnten. Aufgrund der akuten Krise auf dem Finanzmarkt, dem damit einhergehenden Problem der Massenarbeitslosigkeit und seinem legislativen Fokus auf der Gesundheitsreform, wurden in seiner bisherigen Präsidentschaft die Themen Bürgerrecht und Affirmative Action noch nicht thematisiert. Das Thema existiert in Washington momentan eher unterschwellig, spielt aber eine bedeutende Rolle an den amerikanischen Gerichtshöfen, an denen Afro-Amerikaner auf Diskriminierung, weiße und andere ethnische Minderheiten auf sogenannte ‚umgekehrte Diskriminierung‘ oder Benachteiligung durch Affirmative Action klagen. Trotzdem lassen sich aus früheren Äußerungen durchaus Rückschlüsse auf Obamas Position ziehen. Er scheint zu einer Form von Affirmative Action zu tendieren, die sowohl ‚race‘ als auch die wirtschaftliche Situation einer Person berücksichtigt.

Während des Präsidentschaftswahlkampfes kam auch die Frage nach Obamas Haltung zu Affirmative Action auf. In Obamas ‚Blueprint for Change,‘ seiner politischen Agenda, die er während des Wahlkampfes veröffentlicht hatte, werden sowohl die Diskriminierung von Frauen als auch von Minderheiten in einem Arbeitsverhältnis angesprochen.³¹ So heißt es, dass das Team Obama/Biden neue Juristen in die Civil Rights Abteilung des Justizministeriums berufen wird, die sich mit Bürgerrechtsverletzungen, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, und aus Hasskriminalität auseinandersetzen. Es wird angeprangert, dass Afro-Amerikanerinnen im Durchschnitt nur 67 Cent, Latinas sogar nur 57 Cent, für jeden Dollar den ein Mann verdient, erhalten.

Neben der Diskriminierung durch unfaire Gehaltszahlungen und Einstellungsbarrieren für Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt sind die Zulassungskriterien für Colleges und Universitäten ein zweiter wichtiger Bereich in der Affirmative Action Debatte. Während des Demokratischen Rededuells vor der Vorwahl in Pennsylvania, wurde Obama auf seine Äußerung zur Zulassungspolitik in amerikanischen Hochschulen angesprochen. In einem Interview mit George Stephanopoulos auf ABC hatte Obama im vergangenen Jahr geäußert, dass seine Töchter bei ihrer College-Bewerbung von den zuständigen Stellen als bereits ‚ziemlich begünstigt‘ behandelt werden sollten. Stattdessen sollten weiße Kinder aus armen Verhältnissen eine bevorzugte Behandlung genießen.³² Barack Obama antwortete in der Debatte, dass sich die Diskussion um Affirmative Action und die generelle Aufnahmepolitik der Hochschulen darauf konzentrieren solle, den jungen Menschen Chancen zu bieten.³³ Gleichzeitig hielt Obama jedoch fest, dass ‚race‘ noch immer eine Rolle in der amerikanischen Gesellschaft

³¹ Obama, Barack, *Blueprint for Change*, p.63-64,
<http://www.barackobama.com/pdf/ObamaBlueprintForChange.pdf>

³² Robinson, Eugene, „A Question Of Race Vs. Class,“ *The Washington Post*, 15.05.2007.

³³ Obama, Barack, Philadelphia Primary Debate, 16.04.2008,
http://www.ontheissues.org/Archive/2008_Dems_Philly_Civil_Rights.htm

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org

www.uspolitik.info

www.kas.de

spiele. Es sei in Ordnung bei der Zulassung die Nöte zu berücksichtigen, die Personen dadurch erfahren, dass sie schwarz, Latino oder weiblich sind.

John Wilson, der Autor von *This Improbable Quest*, interpretiert aus Obamas Aussage, dass weder er, noch sein Idealbild von Affirmative Action, farbenblind sind.³⁴ Obama scheint eher eine Form von Affirmative Action anzustreben, die sowohl ‚race,‘ als auch ‚class‘ in die Vergabe von Vorzugsrechten einfließen lässt. Obama sagte einst „ich glaube nicht, dass sich diese beiden Konzepte gegenseitig ausschließen. In unserer Gesellschaft überschneiden sich ‚race‘ und ‚class‘ immer wieder. Es gibt noch immer viele, arme Afro-Amerikaner. Selbst diejenigen aus der Mittelschicht sind vielleicht die erste Generation einer Familie, die das College besucht – im Gegensatz dazu sind viele weiße Kinder bereits die fünfte oder sechste Generation. Es ist in unser aller Interesse möglichst viele Menschen zusammenzubringen, um dieses Land aufzubauen.“³⁵

Ein ähnliches Bekenntnis an den Zusammenhang von jahrzehntelanger Diskriminierung und der aktuellen Situation eines Großteils der afro-amerikanischen Bevölkerung gab Obama auch in seiner Rede *A More Perfect Union*, seine Ansprache zum aktuellen Rassismus in den Vereinigten Staaten.³⁶ Obama beruft sich in dieser Rede auf William Faulkner der einmal schrieb „die Vergangenheit ist nicht tot und begraben. In Wahrheit ist sie nicht einmal vergangen.“ Obama betonte hier, dass wir uns öfter vor Gesicht führen müssten, dass viele Unterschiede in der afro-amerikanischen Gesellschaft von heute aus den Ungerechtigkeiten herrühren, die frühere Generationen erlebt haben, die unter dem brutalen Regime der Sklaverei und Jim Crow Gesetzen³⁷ gelitten haben. Obama fuhr fort, dass rassengetrennte Schulen minderwertig waren und es noch immer sind. Auch fünfzig Jahre nach *Brown v. Board of Education* ist dieses Problem noch nicht behoben und hilft dabei das durchdringende Leistungsgefälle zwischen schwarzen und weißen Schülern zu erklären. Auch in anderen Lebensbereichen hat gesetzlich legitimierte Diskriminierung schwarze Bürger benachteiligt. Sie durften kein Land besitzen, ihnen wurden keine Kredite und Hypotheken genehmigt, sie durften nicht in Gewerkschaften, die Polizei, oder die Feuerwehr eintreten. Das Ergebnis war, dass schwarze Familien nicht so einfach Reichtum erwirtschaften konnten, von denen die zukünftigen Generationen hätten profitieren können.

Neben dieser Rehe von Bekenntnissen für die Notwendigkeit von Affirmative Action scheint Obama aber auch in einen gewissen Grad an Selbstregulierung zu erwarten und ruft die afro-amerikanische Bevölkerung zu mehr Eigeninitiative auf. Obama sagte einst, dass er an die rigorose Anwendung der amerikanischen Antidiskriminierungsgesetze glaube.³⁸ Gleichzeitig glaube er allerdings auch, dass ein Wandel des Gewissens und ein Bekenntnis zu Diversität von Seiten der Vorstandsvorsitzenden der Nation bessere Resultate liefern könne, als ein Heer von Anwälten.

³⁴ Wilson, John K., *This Improbable Quest*, p. 65-66

³⁵ Obama zitiert nach Wilson, John K., *This Improbable Quest*, p. 65-66 (auch aus dem ABC Interview)

³⁶ Obama, Barack, *Race Speech*, 18.03.2008,

http://www.huffingtonpost.com/2008/03/18/obama-race-speech-read-th_n_92077.html

³⁷ Unter Jim Crow Gesetzen versteht man solche Gesetze, die zwischen 1876 und 1964 auf staatlicher oder lokaler Ebene in den Vereinigten Staaten erlassen wurden, um die Rassentrennung zwischen der schwarzen und weißen Bevölkerung umzusetzen.

³⁸ Rogak, Lisa, *Barack Obama in His Own Words*, p.34

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org
www.uspolitik.info
www.kas.de

David Mendell erinnert sich daran, dass Barack Obama in seinem Wahlkampf für den Senat von Illinois häufig das Potential von Multikulturalismus für die amerikanische Gesellschaft betont hat. Anstelle die Weißen ständig für die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung zu bestrafen, sollten Schwarze lieber zusehen, dass sie sich in das Mainstream-Machtgefüge hoch arbeiten und von dort für sozialen Wandel kämpfen. Afro-Amerikaner sollten nicht immer Rassismus als Ausrede für ausbleibenden Erfolg benutzen. Mit diesen Bemerkungen machte Obama sich nicht in allen Kreisen der schwarzen Gesellschaft Chicagos beliebt. Die eingesessenen schwarzen Führungspersönlichkeiten hielten nichts davon, Brücken zu Menschen aller Rassen aufzubauen.³⁹

{Bezug zu Bill Cosby}

Class-based or Race-based Affirmative Action?

Es scheint als hätte es einen Wandel in Obamas Einstellung zu Affirmative Action gegeben. Während er als Politiker in Illinois noch die klassische Variante unterstützte, scheint er heute eher zu einer einkommensabhängigen Affirmative Action Politik zu tendieren.

Auch Richard Kahlenberg, Forscher an der *Century Foundation*, hält ein auf Einkommen basierendes Affirmative Action Programm für sinnvoll. Indem ein Programm direkt auf die unteren Einkommensschichten ausgerichtet ist, hilft man damit Menschen aller Rassen. Da Afro-Amerikaner noch immer einen überdurchschnittlich großen Anteil der armen Bevölkerung ausmachen, profitieren sie genauso wie unter den alten Affirmative Action Programmen. Viele Kinder leben in Haushalten, in denen die Eltern Geringverdiener oder Alleinerzieher sind, sowie in armen Bezirken mit schlechten Schulen. Der Unterschied ist bloß, dass die weißen Geringverdiener keinen Grund hat, sich der schwarzen Bevölkerung gegenüber benachteiligt zu fühlen, da sie ebenfalls Ansprüche geltend machen können. Im Optimalfall würde gleichzeitig Rassismus in den Vereinigten Staaten abgebaut. Besonders wichtig ist auch, dass afro-amerikanische Kinder wie die Töchter von Barack Obama, die aus reichen Verhältnissen kommen und die besten Ausbildungsvoraussetzungen genießen, unter einer klassenbasierenden Affirmative Action Politik keine besonderen Ansprüche mehr hätten.⁴⁰

In einem anderen Artikel verweist Kahlenberg auf eine Studie von William Bowen, der herausgefunden hat, dass die aktuelle Affirmative Action Politik hauptsächlich privilegierten Afro-Amerikanern – wie z.B. den Töchtern der Obamas – bei der Aufnahme in ein College verhilft.⁴¹ Demnach gingen bei 83,6 Prozent der Minderheitsbewerber bereits die Eltern aufs College. Im Folgenden schilderte er den Fall von Tony Jack, einem afro-amerikanischen Studenten aus einem Geringverdiener-Haushalt. Tony Jack wäre mit einem SAT Score von 1.200 von anderen Minderheitsbewerbern (hauptsächlich aus wohlhabenden Verhältnissen) bei der College-Bewerbung überholt worden. Aufgrund der Anwendung einer klassenbasie-

³⁹ Mendell, David, *From Promise to Power*, p. 113.

⁴⁰ Kahlenberg, Richard, „Barack Obama and Affirmative Action,“ *Inside Higher Ed*, 12.05.2008

⁴¹ Kahlenberg, Richard, „Barack Obama, Tony Jack and Affirmative Action,“ *The Century Foundation*, 29.05.2007.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org

www.uspolitik.info

www.kas.de

renden Affirmative Action Politik des Amherst College wurde er jedoch über diese Schiene aufgenommen.

Laut eine Umfrage der *Los Angeles Times*, die aus dem Februar 2003 datiert, sagten zwei-drittel aller Amerikaner, dass sie eine klassenbasierte Affirmative Action Politik für gut heißen würden.⁴² Ebenfalls zweidrittel waren mit der aktuellen Arbeitsweise von Affirmative Action nicht zufrieden. Problematisch ist laut Kahlenberg trotzdem, dass es bisher noch keine Organisation in den USA gibt, die sich der Unterschicht verpflichtet haben.⁴³ Während es mächtige Gruppen gibt, die sich für die Recht von Afro-Amerikanern und Frauen, den traditionellen Begünstigten von Affirmative Action, einsetzen, gibt es nur wenig Unterstützung für die ökonomisch Benachteiligten. Selbst die Gewerkschaften sprechen sich überwiegend für eine rassenbasierte Affirmative Action Politik aus. Albert Shanker, der ehemalige Vorsitzende der ‚American Federation of Teachers‘ bildete hier eine frühe Ausnahme – er war stets ein Befürworter einer klassenbasierten Auswahlpolitik. Bill Clinton versuchte zuletzt im März 1995 den Affirmative Action Fokus von ‚race‘ auf ‚class‘ zu verschieben und scheiterte damit kläglich. Unter anderem drohte ihm der schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson damit, sich auf das Präsidentenamt zu bewerben, ließe Clinton nicht von dem Vorhaben ab. Stattdessen veranlasste Bill Clinton eine umfassende Überprüfung der Affirmative Action Programme in den Vereinigten Staaten.

Die Ernennung Sotomayors in den Supreme Court

Die Affirmative Action Debatte wird heute hauptsächlich an den Gerichten geführt. Der Supreme Court der Vereinigten Staaten hat als oberstes amerikanisches Gericht daher eine besondere Bedeutung. Obama bekam im Frühjahr zum ersten Mal die Gelegenheit einen neuen Supreme Court Richter auf Lebenszeit zu benennen. Er berief mit Sonia Sotomayor eine Tochter puertoricanischer Einwanderer. Diese Entscheidung tangierte das Thema Affirmative Action gleich auf mehreren Ebenen. Sotomayor vertrat sowohl in ihren Äußerungen, als auch in früheren Gerichtsentscheidungen die Position der Minderheiten.

Nach Sandra Day O'Connor und Ruth Bader Ginsburg ist Sotomayor erst die dritte Frau, gleichzeitig aber die erste Latina am obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. Die Princeton und Yale Absolventin bezeichnet sich selber im positiven Sinne als „affirmative action baby.“ Der Republikaner Pat Buchanan gehörte erneut zu den ersten, der Sotomayors Lebenslauf in ein negatives Licht rückte. In einem Interview auf MSNBC nahm er im Vorfeld der Entscheidung dazu Stellung, dass Präsident Obamas vier Top-Kandidaten für den Supreme Court alle Frauen sind, eine sogar Latina.⁴⁴ Buchanan kam zu dem Schluss, dass es unter normalen Umständen nicht sein könne, dass es kein einziger (weißer) Mann in die nähere Auswahl geschafft habe. Daher führte er den gesamten Auswahlprozess auf Affirmative Action zurück: Sotomayor „wurden ausgesucht, weil sie eine Frau und eine Latina ist,“ so Buchanan.

⁴² „Affirmative Action – Times Poll,“ *Los Angeles Times*,
<http://www.latimes.com/news/nationworld/timespoll/la-020603poll-g,1,6372138.graphic>

⁴³ Kahlenberg, Richard, „Barack Obama, Tony Jack and Affirmative Action,“ *The Century Foundation*, 29.05.2007.

⁴⁴ Terkel, Amanda, „Buchanan: Sotomayor Must Have Been An ‘Affirmative Action’ Nominee Since No White Men Were Finalists,“ *Think Progress*, 27.05.2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org
www.uspolitik.info
www.kas.de

Sotomayor hatte sich jedoch selber im Jahr 2001 mit einem umstrittenen, rassistischen Kommentar in die Schlagzeilen gebracht. Bei einer Rede an der Universität Berkeley sprach sie auf sich selber bezogen: „Ich hoffe, dass eine kluge lateinamerikanische Frau mit ihren reichhaltigen Erfahrungen öfters zu besseren Entscheidungen kommen wird, als ein weißer Mann, der dieses Leben nicht gelebt hat.“⁴⁵ Diese Andeutung, dass die Identität, Rasse und das Geschlecht eines Richters seine Entscheidung fundamental beeinflussen, wurde während ihres Ernennungsprozesses zum Supreme Court mehrmals aufgegriffen. Es ignoriert das Idealbild der ‚blinden‘ Justitia

Sotomayors bisher prominentester Fall tangiert ebenfalls den Bereich Affirmative Action. Als Richterin in einem Bundesberufungsgericht entschied sie im Fall *Ricci v. DeStefano* für die strikte Anwendung von Affirmative Action. In der Stadt New Haven hatten Mitarbeiter der Feuerwehr einen schriftlichen Test für eine Beförderung abgelegt. Da keiner der afro-amerikanischen Bewerber die nötigen Punkte für die Beförderung erhalten hatte, entschied die Stadt, dass der Test wiederholt werden müsse. Die weißen Feuerwehrleute, die den Test bestanden hatten, fühlten sich dadurch diskriminiert und zogen vor Gericht. Das Berufungsgericht (in dem Sotomayor saß) entschied, dass die Stadt richtig gehandelt habe, dieses Urteil wurde aber in diesem Sommer vom Supreme Court revidiert, der den weißen Klägern Recht gab. Während ihrer Anhörungen für die Position im Supreme Court bekräftigte Sotomayor erneute ihre Position und sagte, dass Affirmative Action in einigen Fällen noch immer nötig sei.⁴⁶

Conclusion

Die am Anfang dargestellten Beobachtungen aus dem Wahlkampf und der noch jungen Präsidentschaft Barack Obamas zeigen, dass ‚race‘ noch ein wichtiger Faktor in den Vereinigten Staaten ist. Sobald nur ein kleiner Hinweis auf rassistisches Verhalten vorliegt, wird das Thema in den Medien aufgegriffen und kann die Schlagzeilen über Wochen beherrschen. Den Deckmantel des Schweigens über die Rassenfrage zu legen, wie es Obama zu Beginn seiner Kampagne getan hat, scheint langfristig nicht die richtige Strategie zu sein. In seiner Ansprache *A More Perfect Union* hat er letztendlich auch selber zugegeben, dass Amerika diese Diskussion braucht. Trotzdem lässt sich derweilen festhalten, dass diese Diskussion unter Obama bisher noch nicht stattgefunden hat. Anstatt sich an der polarisierenden Diskussion zu beteiligen, hat Obama den weniger riskanten und optimistischeren Weg gewählt und sich als Vorbild für die afro-amerikanische Jugend präsentiert. Getreu dem Motto: „Schaut her, was aus euch werden kann, wenn ihr nur hart arbeitet.“ Auch Stuart Taylor hält fest, dass – selbst wenn Rassismus von Seiten der weißen Bevölkerung verschwinden sollte – Rassenunterschiede dennoch nicht automatisch überwunden würden. Es sei an der

⁴⁵ Savage, Charlie, „A Judge’s View of Judging Is on the Record,” *New York Times*, 14.05.2009.

⁴⁶ Padilla, Steve, „Sotomayor hearings: Judge says affirmative action still needed,” *Los Angeles Times*, 14.07.2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SONJA BÖRGMANN
(PRAKTIKANTIN)

November 2009

www.kasusa.org
www.uspolitik.info
www.kas.de

Zeit, dass afro-amerikanische Kinder eine gute Erziehung und eine gute Ausbildung zu Teil werden.⁴⁷

Trotzdem gehen Fachleute davon aus, dass sich in diesem Bereich in der nahen Zukunft etwas ändern wird. Während einer Veranstaltung an der Brown University prophezeite beispielsweise der Supreme Court Experte und CNN-Analyst, Jeffrey Toobin, dass es sich der oberste Richter des Supreme Court, John G. Roberts Jr., zum Ziel seiner Amtszeit gemacht habe, Affirmative Action abzuschaffen.⁴⁸ Roberts gilt als ein Anhänger der sogenannten ‚farbenblinden Verfassung‘ und rückt den Supreme Court zusammen mit den anderen konservativen Richtern ideologisch nach rechts. Man könne schon fast von ‚conservative judicial activism‘ im Vergleich zu ‚liberal judicial activism‘ in den 60er und 70er Jahren sprechen. Toobin nannte als Beispiel die jüngste Entscheidung für die weißen Feuerwehrleute in New Haven, Connecticut. Es sei Paradox der Obama Präsidentschaft, dass durch seine Wahl die Aufrechterhaltung von ‚racial preferences‘ politisch schwieriger zu verteidigen ist, so Toobin. Auch der Politikprofessor Si Sheppard von der Boston University sieht Obama in einem Dilemma. Sollte Obama seine Unterstützung für Affirmative Action zurückziehen, so würde er seine schwarze Wählerschaft verärgern. Sollte er Affirmative Action hingegen ausweiten, so wird es Kritik aus den weißen Reihen hageln.⁴⁹ In jedem Fall wird Obama es schwer haben, die angestrebte ‚multiracial‘ Koalition aufrechtzuerhalten.

⁴⁷ Taylor, Stuart, „Opening Argument – The Great Black-White Hope,” *National Journal*, 03.02.2007.

⁴⁸ Fitzpatrick, Edward, „Race issues may define Roberts court,” *Providence Journal*, 13.10.2009

⁴⁹ Williams, Joseph und Matt Negrin, „Affirmative action foes point to Obama,” *The Boston Globe*, 18.03.2008